

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 20.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligen Versand monatlich M. 20.—. Die Spalten 32 mm breite Zeile M. 12.—, außerhalb Sachens M. 15.—. Familienanzeigen unter Eisen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige An- und Verkäufe 2 1/2 Reichs, Verzugspfeife laut Tarif, Anzeigen gegen Vorabbezahlung, Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Verlag: Buchverlag Dresden.
Vertriebs-Geschäftsnummer 28 241
Zur für Nachdruck: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Uebsch & Kieselbach in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Scharfe Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung.

Beschränkung der Augusteinfuhr — Sicherstellung der Volksernährung
Gefängnisstrafen bei Uebertretung der Verbote.

Die amtliche Mitteilung.

Berlin, 27. August. Amtlich wird mitgeteilt: Gestern vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten ein Ministerrat statt, an dem alle Reichsminister bzw. in ihrer Vertretung die Staatssekretäre teilnahmen; auch ein Vertreter der preussischen Staatsregierung wohnte der Sitzung bei. Gegenstand der Beratung war die innere Lage des Reiches,

namentlich die durch die Geldentwertung der letzten Wochen verursachte Teuerung und die darauf für das Reich und die Bevölkerung für den kommenden Winter drohenden Schwierigkeiten.

Zur Einleitung der Besprechung berichtete der Reichskanzler über die gestrige Chefbesprechung, in der diese Gegenstände bereits behandelt worden waren und regte an, daß bis zu der auf Montag den 28. August anberaumten Verhandlung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten und Innenministern der Länder die hauptsächlich dazu dienlichen Reichsressorts fertige Vorschläge auszuarbeiten müßten, mit denen der drohenden Krise in der Ernährung und Wirtschaft unseres Volkes entgegenzuwirken werden könnte.

In der sich anschließenden Ansprache gaben die Vertreter der Ressorts ein Bild der Lage, wie sie sich in ihrem Aufgabenkreis darstellt, und erörterten die Möglichkeiten gesetzgeberischer oder verwaltungsmäßiger Vorgehens. Auf dem Gebiete des allgemeinen Wirtschaftslebens sind vom Reichsministerium zwecks Verringerung des Bedarfs an Einfuhrbedürfnissen bereits

Beschränkungen in der Einfuhr von Augusteinfuhrgegenständen
beschlossen; ferner werden Beschränkungen der Ausfuhrgegenstände in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Es sind Maßnahmen in Vorbereitung, um die reine Devisenspekulation durch eine zeitweilige erfolgreiche nachträgliche Kontrolle der getätigten Devisengeschäften zu unterbinden, ohne daß durch diese Maßregel der notwendige Devisenhandel für die Bedürfnisse des Geschäftsverkehrs behindert werden soll. Ob auf dem Gebiete des Geldwesens und der Wertsicherung, insbesondere dem inneren Geldmarkt, weitere Maßnahmen getroffen werden können, unterliegt noch der Prüfung. Der besonders wichtige

Sicherstellung der Volksernährung
sollen folgende Maßnahmen dienen: Die angebahnte Regelung der Kartoffelversorgung für den Winter wird durch nachdrückliche Förderung des Vertragsabschlusses zwischen Erzeugern und Verbrauchern weiter verfolgt werden. Die Vermehrung von Kartoffeln in den Brennerorten wird auf das mit Rücksicht auf die Viehhaltung gebotene Mindestmaß beschränkt. Durch geeignete Maßnahmen wird eine sachgemäße Verteilung des Zuckers im nächsten Wirtschaftsjahr herbeigeführt werden; die Verwendung von inländischem Zucker zur Herstellung von Trinkbranntwein wird verboten, die Verwendung von inländischem Zucker zur Herstellung von Süßigkeiten weitgehend eingeschränkt. In Aussicht genommen ist ferner nach Einvernehmen mit den Ländern ein

Verbot der Herstellung starker Biere.
In der angeführten der hohen Fleischpreise besonders wichtigen Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen soll auf eine genügende Versorgung der Hochseefischerei mit deutscher Kohle hingewirkt werden; die Verteilung mit deutscher Kohle würde es gleichzeitig ermöglichen, ein Verbot des Fischens in fremden Häfen an deutsche Fischkämpfer und ein Ausfuhrverbot für Seefische zu erlassen. Dem ärgernisgebenden und

widerlichen Treiben in den Schlemmergaststätten und in manchen Vergnügungstokalen muß Einhalt geboten werden; es ist Aufgabe der Länder und Gemeinden, durch Streifen und sonstige durchgreifende Maßnahmen diesem

wachsenden und beschämenden Unsinz entgegenzutreten. In der preussischen Staatsregierung ist bereits eine Verfügung vorbereitet worden, daß bei Behandlung von neuen Konzeptionsgesuchen für Schulkollegien das Bedürfnis grundsätzlich verneint werden solle.

Auf dem Gebiete der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung sind vor allem verstärkte **Hilfsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Alceuren** einzuleiten. Die Teuerungszuschüsse für bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind mit Wirkung vom 1. August 1922 erhöht worden und erhöhen sich mit Wirkung vom 1. 9. 1922 um durchschnittlich weitere 60% Prozent. Die Hauptfürsorgestellen sind ferner ermächtigt, für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Winterunterkünfte vorzuschleusen zu beschaffen. Auch die Mittel der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind verdoppelt. Die Verdoppelung der Mittel für Alceurentrner steht bevor. Die Bezüge der Sozialrentner sind erst vor kurzem aufgebessert worden. Verhandlungen über weitere Hilfsmaßnahmen stehen vor dem Abschluß. Um eine bessere und sparsame Ernährung besonders bedürftiger Volksschichten zu ermöglichen, soll der Ausbau und die Erweiterung der Volks-, Kinder- und Studentenvereine möglichst weitgehend angestrebt werden.

Auf dem Gebiete des Transportwesens sind von der Reichsbahnverwaltung alle Vorbereitungen getroffen, um für den Winter einen möglichst geregelt abtransport der Kohlen, der Kartoffeln und des Getreides zu sichern; der Lokomotivbestand ist gegen das Vorjahr etwas, der Bestand an Güterwagen erheblich vermehrt.

Es bestand im Ministerrat Einstimmigkeit darüber, daß die Uebertretung der bestehenden und der neu hinzukommenden im Interesse des Volksganzen erlassen

Verbote unter scharfen Strafen, insbesondere unter Gefängnisstrafen, gestellt werden müßten. Das Reichsministerium ist entschlossen, in Erkenntnis der Gefahren, denen bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage viele Bevölkerungsschichten ausgesetzt sein würden, mit zurechnen und umfassende vorzuziehende Maßnahmen einzuleiten. Die in der Sitzung des Ministerrats vorbereiteten und hier stizierten Absichten der Reichsregierung werden am Montag mit den Vertretern der Länder durchberaten, nach ihren Anregungen eventuell erweitert und unmittelbar durchgeführt werden.

Vorläufig keine Einberufung des Reichstags

Berlin, 28. Aug. Nach dem gestrigen Ministerrat beim Reichspräsidenten empfang der Reichskanzler, wie bereits gemeldet, Vertreter der beiden sozialistischen Parteien zu einer längeren Unterredung, in deren Verlauf der Kanzler von den Maßnahmen der Reichsregierung zur Vinderung der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage Mitteilung machte. Bei Besprechung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation brachten die Parteivertreter den Wunsch der beiden sozialistischen Parteien nach Einberufung des Reichstags vor. In Regierungskreisen ist man, wie wir hören, der Auffassung, daß die allgemeine Lage eine sofortige Einberufung des Reichstags nicht erforderlich mache. Daß die Maßnahmen der Reichsregierung gegen die wirtschaftliche Not die Billigung des Reichstags finden würden, sei doch wohl, erklärt man weiter, kaum zu bezweifeln. Hinsichtlich der Reparationsverhandlungen, die ebenfalls den Zusammentritt des Parlamentes erforderlich machen könnten, sei alles in der Schwebe, so daß vom Reichstag keine Entscheidung gefaßt werden könnten. Erst wenn in der Reparationsfrage eine Entscheidung gefaßt sei, könnte die Frage der Reichstagsberufung in ein späteres Stadium treten und nochmals erwogen werden. Es ist anzunehmen, daß sich der Kanzler den Parteivertretern gegenüber in diesem Sinne geäußert hat.

John Maynard Keynes über die Lage Deutschlands.

Das Ende des Hamburger Weltwirtschaftskongresses. Hamburg, 26. Aug. In einem der größten Säle Hamburgs dem Conventgarten, hat heute Prof. J. M. Keynes vor einer Versammlung von über 2000 Personen den letzten Vortrag des Weltwirtschaftskongresses gehalten. Nach einführenden Worten durch Geheimrat Cuno und stürmisch lebhafter Begrüßung durch die Versammlung begann der englische Wirtschaftspolitiker seine Rede in englischer Sprache, deren unverfälschter Geist und zwingende Logik in dieser schwer auf uns lastenden bangen Notstimmung, wie ein lächelndes auftrichtendes Licht wirkte. Er sagte u. a.:

„Als vor 2 1/2 Jahren mein Buch erschien, vertrat ich mit meinen Ansichten nur eine sehr kleine einflusslose Minderheit. Heute hat das, was ich damals als allgemeines Resultat aussprach, durchweg die Billigung gefunden. Ja, viele würden heute noch weitergehen, als ich es damals tat. Sogar Frankreich würde am Ende zufrieden sein, wenn es heute Bedingungen erzielen könnte, die ihm günstig wären, wie die Vorschläge, deretwegen man sich noch vor kurzem jede Art von Worten unterstellt hat. Aber wenn diese Entwicklung der Stimmung als politisches Symptom auch große Bedeutung hat, so hat sie keine entsprechende Auswirkung gehabt. Selbst wenn die deutschen Sachverständigen noch so geübt versucht hätten, die Welt zu stabilisieren und den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, wäre die sichere Folge nur gewesen, daß die Alliierten ihre Forderungen in ähnlicher Weise erhöht und damit jede Anstrengung vernichtet hätten. Und doch wage ich heute zu prophezeien, daß der Tag für die Kunst des Sachverständigen, für die Kunst des Organisations und Nachmannes anbricht, wenn auch noch nicht dieses Jahr, so doch nächstes Jahr. Und dann ist es durchaus möglich, daß die Verrückung im Einklang mit der Welt kommt. Vorher droht die Gefahr, daß die Alliierten zu lange zaudern könnten und inszwischen

die Forderung des ganzen Lebens in Deutschland zu weit fortgeschritten, als daß Deutschland wieder in die Höhe kommen kann. Ich persönlich glaube nicht an diese Gefahr. Ein so großes selbstgewurztes Gebilde, wie die deutsche Nation, kann nicht plötzlich zusammensinken, es sei denn in eigener Verblendung.“ Auch an die Gefahr, daß Frankreich einen neuen Krieg ausführt, glaubt Keynes nicht. Der Glaube der Franzosen an die Reparationspolitik wäre völlig untergraben. Sie blühen vor weiter und wüßten ganz genau, daß ein rechtswidriges Vorgehen gewalttätiger Art Frankreich moralisch und gefühlsmäßig isolieren und seine eigenen Finanzen gefährden würde. „Ich wäre“, so fuhr der Redner wörtlich fort, „nicht überrascht, wenn die momentane Lage durch

Poincaré damit gelöst würde, daß er seinen Vertreter in der Reparationskommission einfach überstimmen läßt. Er mag scharfe Reden führen und eine Politik zweifelhafte Maßnahmen betreiben, wie die Austreibung aus Estland, die Verhinderung, aber im großen Maßstab wird er nicht vorgehen. Seine Reden sind nur ein Zurückweichen vor der Tat. Er muß laute Reden führen, um die öffentliche Meinung seines Landes zu befriedigen. Es gibt

zwei Arten der Zahlungen, denen sich jüngsthin die rege Aufmerksamkeit der deutschen Sachverständigen zuwandte, die aber beide zu Irrtümern und Enttäuschungen führen würden. Die erste dieser beiden Arten ist die Zahlung der nächsten Raten aus dem Erlös einer großen internationalen Anleihe, die andere durch Zahlung in Sachleistungen. Diese beiden Ideen haben in der Vergangenheit ihren politischen Wert gehabt. Es war für Deutschland vorteilhaft, erklären zu können: Ja, wir wollen sofort zahlen, vorausgesetzt, daß wir eine Anleihe erhalten. Das ermöglichte es Deutschland, das Reich, das es auszusprechen mußte, elegant einzuhüllen, und für Frankreich war es vorteilhaft, die Illusion einer großen internationalen Anleihe durch die Illusion von der großen Reparationszahlung abzulösen. Es ergab sich für Deutschland die Möglichkeit einer Verabreichung seiner Verzinsungen durch sein Anbieten, Sachleistungen zu leisten in einem Ansehen, das in Wirklichkeit niemals in Frage kommen konnte. Eine internationale Anleihe kann nicht weniger als 4 Milliarden Goldmark bringen, und dieses ist die geringste Ziffer, die im allgemeinen ins Auge gefaßt wird. An die Möglichkeit einer Transaktion dieses Umfanges zu glauben, bedeutet eine gründliche Verkennung des internationalen Finanzwesens. Die deutschen Goldmark im Ausland können keinesfalls über 2 Milliarden hinausgehen und sind wahrscheinlich viel geringer. Wenn eine wirklich grundlegende Regelung zustande gekommen ist, mag eine ausländische Goldanleihe bis zu einer Milliarde möglich sein, um die Welt zu stabilisieren. Es gibt nur eine Art internationaler Anleihe, die diesem großen Umfange von Bedeutung sein könnte, nämlich eine deutsche Anleihe, aufgebracht in den Ländern seiner Gläubiger.

Eine deutsche Anleihe, in Frankreich gezeichnet, würde ein fühlbares und praktisch wirksames Mittel sein, um die französischen Finanzen zu bessern. Jeder Versuch, bestimmte Arten der Zahlungen vorzuschreiben, in Form von Kohlenlieferungen und anderen Sachleistungen, oder durch das, was Poincaré „produktive Pfänder“ nennt, wird die Fähigkeiten Deutschlands zu weiteren Zahlungen mehr herabgemindert, als es den alliierten Ländern nützt.

Es ist jedem klar, daß augenblicklich ein Moratorium unvermeidlich ist, sehr schwer aber zu sagen, wie lange ein solches dauern muß, oder in welchem Maße Deutschland nach seiner Beendigung mit Zahlungen beginnen kann. In jedem Fall ist es erforderlich, Deutschland Zeit zu lassen zur Erholung von der Krise, die notwendig der Inflationskonjunktur folgen mußte.

Ein folgenschwerer Rückschlag nach der trügerischen Hochkonjunktur scheint unabweislich, andererseits aber dünkt mich das Problem des Haushalts während des Moratoriums nicht besonders

Entscheidung der Reparationskommission am Mittwoch.

Die erste offizielle Sitzung.

Ausdrück eines deutschen Bevollmächtigten. — Öffnung auf Verständigung.

Paris, 27. Aug. Die Reparationskommission hat am 27. August ihre erste offizielle Sitzung abgehalten. Die Reparationskommission war heute mittags von 11 bis 1 Uhr verammelt. Die Kommission ist der Ansicht, daß es ihr nicht möglich sein werde, vor Mittwoch, den 30. August, eine Entscheidung über das von der deutschen Regierung am 12. Juli vorgelegte Moratoriumsverlangen zu fällen. Sie hat der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß, wenn diese von der Möglichkeit, gehört zu werden, die ihr nach Artikel 234 des Friedensvertrags zusteht, Gebrauch zu machen wünsche, die Kommission geneigt ist, den bevollmächtigten Vertretern am Mittwoch zu hören.

Die der „Temps“ mitteilt, ist die deutsche Regierung von der Entscheidung der Reparationskommission sofort telegraphisch in Kenntnis gesetzt worden. Ebenso ist der Kriegsminister in Paris Mitteilung gemacht worden.

Die der „Temps“ weiter meldet, haben in der heutigen Sitzung der Reparationskommission, die offizielle Charakter hatte, die einzelnen Delegierten ihre Ansicht über das deutsche Moratoriumsverlangen auseinandergesetzt. Die einen erklärten, sie seien einem Moratorium günstig, die anderen dagegen, sie seien gegen ein Moratorium, wenn nicht durch Deutschland produktive Pfänder ge-

geben würden. Zwei Ansichten seien bei allen Mitgliedern der Reparationskommission zum Durchbruch gekommen, einmal, daß die gegenwärtige Unsicherheit ohne schwerere Folgen nicht länger dauern könne und daß die Entscheidung der Kommission möglichst früh, wenn möglich am Mittwoch erfolgen müsse. Außerdem, daß durch die Delegierten Befürwortungsvorschläge gemacht werden müßten, um eine einstimmige Entscheidung herbeizuführen.

Nach der Agence Havas deutet der heutige Beschluß der Reparationskommission, ihre endgültige Entscheidung am drei Tage zu verlagern, daraufhin, daß die vier Delegierten den Wunsch haben, sich einmütig über diese Entscheidung zu verständigen. Die vier Delegierten hoffen in der Tat, sagt Havas, daß die letzten Meinungsverschiedenheiten, die sich noch bei einem oder zwei von ihnen zeigen sollten, alsdann beseitigt sein werden und daß, wenn schließlich am Mittwoch die Reparationskommission ihre Entscheidung trifft, diese Entscheidung einstimmig gefaßt werden wird.

Wie der „Temps“ meldet, finden am Montag, Dienstag und Mittwoch weitere offizielle Besprechungen der Reparationskommission statt, um zu einem Uebereinkommen zu gelangen.

Der heutigen Besprechung der Reparationskommission hat auch ein mexikanischer Vertreter offiziell beigewohnt. (W. T. B.)

Am Sonnabend war die Reparationskommission von 5 bis 7 Uhr verammelt. Sie hörte die Darlegungen ihrer aus Berlin zurückgekehrten Mitglieder Bradbury und Blaueffert an.